
Hausbesetzungen

Stellungnahmen aus dem gewerkschaftlichen Bereich

Soziale Konflikte, wie sie sich in den Hausbesetzungen zeigen, fordern eine Stellungnahme der Gewerkschaften heraus. Diese Konflikte haben vielfältige Ursachen. Was die Wohnungsnot angeht, so ist der DGB mit seinem sozialpolitischen Auftrag direkt betroffen. Eine der anderen Komponenten des gegenwärtig aufflammenden Jugendprotestes, den wieder offen ausgebrochenen Generationenkonflikt, haben wir in dieser Zeitschrift schon intensiv behandelt (vgl. GMH 6/80 und 3-4/81). Die Gewerkschaften lehnen Gewalt als Instrument der politischen Auseinandersetzung ab. Das enthebt uns aber nicht der Pflicht, nach den Ursachen zu forschen.

Im Folgenden geben wir — zum Teil leicht gekürzt — in schriftlicher Form wieder, was von Hanns Brauser, Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand, von Horst Klaus, IG Metall Nürnberg, von Helmut Schirmacher, Gewerkschaft der Polizei, und von Albert Vietor, Neue Heimat, auf der Bundesausschuß-Sitzung des DGB am 11. März 1981 in Düsseldorf mündlich vorgetragen wurde.

Helmut Schirmacher, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

Mit Sorge verfolgen wir die zunehmende Welle der Gewalt. Dies wird nicht nur in der Kriminalstatistik so ausgewiesen, das erleben wir landauf, landab auch bei Hausbesetzungen und beim unfriedlichen Ausgang von Demonstrationen. Es ist überhaupt eine gefährliche Entwicklung, daß offenbar ein ständiges Übertreten von Rechtsnormen schon fast als normal empfunden wird. Das darf nicht hingenommen werden, weil die Gewöhnung an den Rechtsbruch eine Erosion des Rechts nach sich zieht. Ich kann es aber auch als Polizeibeamter und Gewerkschafter nicht schweigend hinnehmen, wenn in Nürnberg unterschiedslos Jugendliche ohne die vorgeschriebene Prüfung des Einzelfalls in Haft genommen werden.

Die Anwendung von Gewalt ist nicht allein beim üblichen Kriminalitätsgeschehen zu beobachten, sondern eben auch bei Aktionen, die ihre Ursachen im gesellschaftspolitischen Bereich haben. Hier handelt es sich um handfeste Gewalt gegen Personen und Sachen. Hier muß die Frage nach den Ursachen dieser Erscheinungsformen der Gewalt gestellt werden. Wir stellen fest, daß es vor, während und nach Demonstrationen häufig Gewaltakte gibt, gegen die Bürger, aber auch gegen die, die in unser aller Auftrag dort eingesetzt werden, gegen die Polizeibeamten. Unseren Kollegen schlägt ein Haß entgegen, der zum Teil unvorstellbar ist. Da werden Kinder zu solchen Aktionen mitgenommen und als Schutzschild miß-

braucht. Und dann heißt es noch, daß allein das Erscheinungsbild der Polizeibeamten die Gewalt herausfordert! Ich meine, wir sind alle aufgerufen zu verhindern, daß die Polizeibeamten zum Ersatzadressaten, zum Objekt, gemacht werden, wenn es darum geht, möglichst spektakulär auf Versäumnisse im gesellschaftspolitischen Bereich hinzuweisen. Ich halte das für eine schreckliche Verwechslung: Hausbesetzungen sind die Folge einer verfehlten Wohnungspolitik. Dafür kann man aber doch nicht die Polizeibeamten verantwortlich machen, indem man sie angreift!

Andererseits: Dem großen Teil der Hausbesetzer geht es um dieses Problem, und dann müssen wir erleben, wie solche Menschen pauschal in Verbindung mit Terroristen gebracht werden. So treibt man sie immer weiter in die Isolation, statt das Gespräch mit ihnen zu suchen. Es zeichnet sich schon ab, welche Folgen dies hat: Unter den Hausbesetzern wie unter den Demonstranten gegen die Kernenergie macht sich die Ansicht breit, daß ihre Ziele gegenüber der Rechtsordnung höherwertig seien. Dies ist sehr gefährlich. Wer diesen Gedanken zu Ende denkt, muß feststellen, daß dann dem Faustrecht das Wort geredet wird. Es entwickelt sich also etwas Fehl im gesellschaftspolitischen Bereich. Dies ging von den Studentenaktionen der sechziger Jahre über die „Rote-Punkt-Aktionen“ zum Thema Fahrpreiserhöhungen bis hin zu den Hausbesetzungen von heute. Es wird zwar viel über die zugrundeliegenden Probleme geredet, nur gehandelt wird nicht! Erst wenn es Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben hat, dann wird oft die Politik richtig wach.

Bei dieser Diskussion, die heute allenthalben entflammt ist, müssen wir aber noch eine bittere Erfahrung machen: Da werden die Fakten von interessierter Seite einfach auf den Kopf gestellt. Beispiel Brokdorf: Wir waren als GdP dabei. Der Marsch auf Brokdorf war verboten. Und dann tut man so, als sei die Übertretung des Verbots so etwas wie die Wahrnehmung der Freiheitsrechte! Wenn dennoch der Marsch so glimpflich verlaufen ist, wie ich das beobachtet habe, dann ist das ein Verdienst der Polizei. Wir können nicht zulassen, daß anschließend andere Kräfte daran gehen und das Geschehene ins Gegenteil verkehren, nach dem Motto, die Polizei hätte die Gewalt provoziert. Dieser Vorwurf war nichts als der billige Versuch, sich aus der Verantwortung für das Geschehene herauszulügen. Die Tatsachen sehen so aus: Bereits am frühen Morgen des 28. Februar wurden Kollegen der Münchener Bereitschaftspolizei an einer Sperre über die Stör in Itzehoe regelrecht überfallen und zum Teil erheblich verletzt. Wo kommen wir eigentlich hin, wenn wir es uns weiter erlauben, in unserem Land Rechtsbrüche hinzunehmen? Das hat doch ganz fatale Folgen. Die Hinnahme des Rechtsbruchs erweckt beim Bürger die Befürchtung, als ob die Polizei nicht mehr in der Lage sei, sein Leben, seine Gesundheit und sein Eigentum zu schützen. Dies führt geradewegs zum Vertrauensverlust in die Organe des Staates, die den Auftrag haben, den Bürger zu schützen. Umgekehrt schwindet demjenigen, der die Rechtsvorschriften nicht einhält, das Unrechtsbewußtsein, das hinterher ohne Grenzen ist.

Und schließlich: Bei dem Polizeibeamten selbst, der in den zahllosen Einsätzen diese Entwicklung natürlich mit verfolgt, entsteht die Gefahr, daß er in unauflösbare Konfliktsituationen hineingeführt wird. Wenn er mit ansieht, daß Rechtsbrüche auf der einen Seite hingenommen werden, wie soll er dann dem Verkehrsteilnehmer ein Verwarngeld guten Gewissens abnehmen? Das nährt doch die Haltung: Die Kleinen fängt man, die Großen läßt man laufen. Diese Entwicklung kann man nicht tatenlos hinnehmen, weil sie zu einem Sicherheitsverlust führt. Daher muß ein Satz Gültigkeit behalten: Rechtsbruch bleibt Rechtsbruch. Wie wir ihm begegnen, das hat nach unserer Rechtsordnung unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips zu geschehen. Selbstverständlich gilt eines: Die Polizei ist ein ungeeignetes Mittel, um gesellschaftspolitische Probleme einer Lösung zuzuführen. Ich meine sogar: Die Polizei ist das verkehrte Mittel. Aber: Wer Gewalt produziert, darf sich nicht wundern, wenn ihm mit staatlicher und damit legitimer Gewalt begegnet wird. Bleiben wir also dabei: Politische Probleme müssen politisch gelöst werden, während Rechtsbrüche nicht hingenommen werden können. Insgesamt liegt hier ein breites Arbeitsfeld für die politische Aufklärung, auch für die Gewerkschaften, vor allem in der Jugendarbeit. Die GdP ist dazu bereit. Wir bitten um eine offene und faire Diskussion.

Hanns Brauser, Leiter der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand

Die Vorgänge von Nürnberg und damit die gesamte Problematik der Instandbesetzungen und Proteste eines Teils der Jugend haben einen großen Teil der Diskussion im DGB-Bundesjugendausschuß bestimmt.

Die wichtigsten Punkte in der bisherigen Diskussion möchte ich hier kurz umreißen:

- Der Begriff der Gewalt hat in der bisherigen Diskussion - und auch hier im Bundesausschuß — eine wesentliche Rolle gespielt. Es gibt im DGB-Bundesjugendausschuß sicherlich niemanden, der Rechtsbrüche oder Gewalt toleriert. Nur muß dies für beide Seiten gelten. Auch und gerade Rechtsbrüche der Justiz müssen Konsequenzen haben. Man tut sich manchmal schwer, die Seite der Gewalt, die nicht sofort ins Auge springt und selten von den öffentlichen Medien dargestellt wird, wie beispielsweise die Vernichtung von Wohnungen und die Benutzung von leerstehenden Häusern als Spekulationsobjekt, mitzudiskutieren. Viele Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaftsjugend meinen, daß diese Diskussion nicht nur mit einem Teil der Jugendlichen, sondern auch in den Gewerkschaften selbst, manchmal schwierig zu führen ist.
- Viele der aktiven Gewerkschafts-Jugendlichen verfolgen die Proteste dieses Teils der Jugend mit Sympathie. Sie wehren sich gemeinsam dagegen, die Beteiligungen zu kriminalisieren oder sie gar als Kern eines neuen Terrorismus zu bezeich-

nen. Auch hierzu muß die Gewerkschaftsjugend Positionen beziehen können. Nicht zuletzt, um auch als Gesprächspartner überhaupt noch akzeptiert zu werden. Wir dürfen eins nicht unterschätzen: Viele Kolleginnen und Kollegen berichten, daß nicht wenige Jugendliche - aktive Jugendliche - nicht mehr bereit sind und sich nichts mehr davon versprechen, mit unseren Funktionären zu diskutieren.

- Die Reaktionen von Politikern auf diese Aktionen werfen bei vielen Jugendlichen die Frage auf: „Geht es überhaupt noch anders?“ Seit Jahren hat man protestiert und Eingaben gemacht, sich an Vertreter von Parteien gewandt; jetzt gibt es Unruhe. Plötzlich sind Aktivitäten erkennbar, Politiker reagieren. Hier entsteht bei einem Teil der Jugendlichen dann fast zwangsläufig der Eindruck, es gehe eben nicht anders. Im DGB-Bundesjugendausschuß besteht Übereinstimmung, daß gerade auch hier die Gewerkschaftsjugend die Diskussion - die sehr schwierig ist - darüber aufnehmen muß, daß es anders geht. Es hat sich aber auch im Bundesjugendausschuß gezeigt, daß wir uns in der Gewerkschaftsjugend schwer tun, übereinstimmende Positionen zu formulieren, die von diesen Jugendlichen als Gesprächsgrundlage akzeptiert werden. Dies hat sicherlich auch etwas mit den unterschiedlichen Einschätzungen dieser Probleme in einzelnen Gewerkschaften zu tun.
- Das von dem Kollegen Schirmmacher gemachte Angebot eines besseren Dialoges zwischen den Kollegen der Polizei und der Jugend begrüßen wir. Gerade die Rolle und die Funktion der Polizei, die sie bei diesen Auseinandersetzungen auszufüllen hat, verdienen eine differenzierte Bewertung.
- Die Gewerkschaftsjugend braucht die Unterstützung der Gesamtorganisation, diese vorher kurz erwähnte schwierige Diskussion als Jugendverband zu führen und sie braucht Möglichkeiten, auf diese Jugendlichen zuzugehen.

*Albert Vietor, Vorsitzender des Vorstandes
der Unternehmensgruppe Neue Heimat*

Das Thema Hausbesetzungen ist in kürzester Zeit in der Bundesrepublik, insbesondere in Berlin, zu einem aktuellen Problem geworden, das sich von Tag zu Tag durch immer neue Besetzungen verstärkt. Gewiß stellt sich hier die Frage: Recht oder Unrecht. Sie kann aber nicht pauschal beantwortet werden, ohne daß Gründe und Ursachen analysiert werden. Rein rechtlich gesehen geschieht Unrecht. Das Grundgesetz der Bundesrepublik schützt das Eigentum, ganz gleich, ob es dem Einzelnen oder einer Gemeinschaft gehört. Das Grundgesetz sagt aber auch, Eigentum verpflichtet. Und hier beginnt die Problematik. Wer zu spekulativen Zwecken ein Haus leerstehen läßt, kommt ganz offensichtlich dieser Verpflichtung nicht nach. Nun darf die Folgerung unter normalen Umständen nicht gleich lauten: und deshalb wird sein Haus besetzt. Jetzt sind aber die Zustände auf dem Wohnungsmarkt

vielfach geprägt von einer eklatanten Wohnungsnot, die in allen Ballungsräumen der Bundesrepublik, besonders aber in Berlin, die Suche nach einer Wohnung zum Glücksspiel macht. Und wenn einerseits offensichtlich hunderte Wohnungen leerstehen, andererseits tausende Familien und Einzelpersonen auf vergeblicher Wohnungssuche sind, ist der Trend zur Radikalisierung vorgezeichnet. Mit anderen Worten: Ohne leerstehende Häuser und Wohnungen gäbe es wohl kaum Hausbesetzungen. Ohne eine akute Wohnungsnot aber auch nicht. Hausbesetzungen sind das Ventil, durch das sich insbesondere viele Jugendliche Luft machen. Hausbesetzungen sind ernstzunehmendes Symptom und Warnsignal, die nicht übersehen werden dürfen.

Es ist in der Tat zutiefst bedauerlich, daß die Öffentlichkeit erst durch derart grelle Warnsignale auf einen Mißstand in einem der wichtigsten gesellschafts- und sozialpolitischen Bereiche hingewiesen werden muß. Als habe es nicht schon vor Jahren eindringliche Warnungen von Fachleuten gegeben, darunter auch beschwörende Appelle der Neuen Heimat, die ich bereits 1978 unter Hinweis auf eine kommende Wohnungsnot an die Öffentlichkeit gerichtet habe. Nun ist eingetreten, was ich lange Zeit befürchtet habe und was wir alle nicht wollten — und es wird noch lange dauern, bis sich die Lage entschärft. Denn wenn Hausbesetzer auch auf Mißstände aufmerksam machen, so verhindern sie gleichzeitig, daß eben diese Mißstände beseitigt werden. Dies gilt vor allem für besetzte Häuser und Wohnungen der gemeinnützigen Wohnungsunternehmen in Berlin. Diese sind paradoxerweise deshalb so stark von Hausbesetzungen betroffen, weil sie die Häuser für ihre Mieter modernisieren und sanieren wollten. Diese Mieter wurden in langwierigen Bemühungen, abgestimmt mit den Behörden, unter hohem Aufwand in andere Quartiere umgesetzt, weil man ihnen ein Leben in einem Haus, das total umgestaltet wird, nicht zumuten kann. Sie leben also vorübergehend in behelfsmäßigen Quartieren, bei Freunden, in Pensionen — und müssen nun erkennen, daß sie einstweilen nicht in ihre Wohnungen zurück können, weil diese besetzt sind, und weil deshalb die Handwerker ihre Arbeit nicht beginnen konnten. Daß allein die so hervorge-rufene Blockade von rund 100 Mio. Mark an nicht erteilten Aufträgen die Arbeitslosigkeit im Ausbaugewerbe und in der Bauwirtschaft nicht im Sinne einer Verbesserung beeinflußt, brauche ich nicht besonders zu betonen. Bei der augenblicklichen Wirtschaftslage ein zusätzlicher Negativ-Effekt in bestimmten Gebieten.

Sicher werden wir auch nach Möglichkeiten suchen, zu einer ernsthaften und kooperativen Zusammenarbeit mit Hausbesetzern dort zu kommen, wo nicht die Interessen einer Stamm-Mieterschaft verletzt werden. In Berlin ist ein solcher Schritt getan worden. Auf eine Weise ich aber hin: Allein mit einem Topf Farbe und einem Pinsel kann man keine überalterte Gebäudesubstanz sanieren. Und ganz ohne ordnungsgemäße vertragliche Vereinbarungen wird eine wie immer geartete Zusammenarbeit nicht möglich sein. Das schützt uns nämlich vor Überraschungen der Art, wie sie kürzlich in einer westdeutschen Großstadt passierte: als einem

Hausbesetzer ein Mietvertrag vorgelegt wurde und man zur Antwort bekam, er würde diesen Mietvertrag nicht unterschreiben, er habe nämlich schon einen. Und ein Wohnen zum Nulltarif, etwa zu Lasten einer großen Mehrheit der zahlenden Mieter, kann es ebenfalls nicht geben.

Die Schuld an mehr als 7000 leerstehenden Wohnungen in Berlin ist nicht bei den gemeinnützigen Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften zu suchen. Hier haben vielmehr die Politiker versagt, als sie den Finanzbedarf für derartige Sanierungsvorhaben falsch eingeschätzten und gleichzeitig die Wohnungsbaugesellschaften aufforderten, die Sanierung ihrer Bestände voranzutreiben. Als die Gesellschaften das taten, als sie nach Umsetzung der Mieter die geräumten Häuser sanieren wollten, fehlte plötzlich das Geld. Die leeren Häuser wirkten wie eine Provokation, die Folgen erleben wir, insbesondere in Berlin, jeden Tag. Dort haben wir allein 21 besetzte Häuser, 528 Wohnungen können wegen der Besetzungen nicht saniert werden. Daß diese Situation auf dem Wohnungsmarkt auf uns zukommt, hat die Neue Heimat seit Jahren gewußt. Und sie hat oft genug darauf hingewiesen. Unsere Fachleute haben entsprechende Bedarfszahlen errechnet. Diese Zahlen waren also bekannt. Ebenso bekannt wie der Trend der jungen Leute, so früh wie möglich die Selbständigkeit auch mit der eigenen Wohnung zu dokumentieren. Und die Gefahr einer kritischen Zuspitzung wird bis 1985 anhalten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge auf den Wohnungsmarkt drängen. Die heutige Jugend, aufgewachsen in einem völlig anderen Kosumbewußtsein als ihre Eltern, ist kaum bereit, 4 und 5 Jahre auf die eigene Wohnung zu warten. Sie will sofort - und was sie nicht sofort bekommt, das nimmt sie sich.

Die Wohnungswirtschaft kann hier nur Prioritäten setzen und beispielsweise die bedürftige junge Familie dem alleinstehenden Wohnungsbewerber vorziehen - sofern dieser überhaupt bereit ist, noch länger auf eine Wohnung zu warten. Nur wird damit das Problem nicht gelöst, sondern nur verdrängt. Auch die Zahlen hinsichtlich der Wohnungsbedarfe in den kommenden Jahren lassen keine automatische Lösung oder Beruhigung, etwa durch eine sinkende Zahl von Wohnungssuchenden, erkennen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Zahl der Wohnungssuchenden steigt jetzt und sie wird in den kommenden Jahren weiter ansteigen! Was wir deshalb dringend brauchen, sind zusätzliche Sonderprogramme, die uns kurzfristig in die Lage versetzen, in den Ballungsgebieten zusätzliche Wohnungen zu bauen und damit den Druck auf dem Wohnungsmarkt zu mindern. Nur dadurch können die langen Schlangen vor den Wohnungsämtern abgebaut werden. Wir fordern diese Sonderprogramme seit geraumer Zeit und haben ganz gezielte Vorschläge unterbreitet, etwa mit dem Sozialbau-Pfandbrief, um auch die Finanzierung sicherzustellen. Im Interesse der Wohnungsversorgung der Bevölkerung, aber auch im Interesse der Wahrung des inneren Friedens in der Bundesrepublik muß schnell gehandelt werden. Sonst droht eine Eskalation der Gewalt. Die Folgen wären kaum abzusehen.

Auf der großen Protestkundgebung gegen die Massen Verhaftungen in Nürnberg habe ich unter anderem gesagt:

„Die Gewerkschaften im DGB begrüßen ausdrücklich das besonnene Verhalten Nürnberger Kommunalpolitiker und der Polizeibeamten in den vergangenen Wochen. Daß es in Nürnberg bisher keine Eskalation der Gewalt gegeben hat, ist auch ihnen zu verdanken. Wir sprechen zugleich die Hoffnung aus, daß der begonnene Dialog zwischen verantwortlichen Politikern unserer Stadt und Jugendlichen in Zukunft fortgesetzt wird. Die Massenverhaftungen werden von uns auf das Schärfste verurteilt. Sie stehen offensichtlich in keinem Verhältnis zum vorgeschobenen Anlaß; sie sind eine möglicherweise vorsätzliche und planmäßige Sabotage des eingeleiteten Verständigungsprozesses und sie kalkulieren offenbar bewußt die Verschärfung des Konflikts ein.

Damit wir uns richtig verstehen: Gewerkschaftliche Solidarität mit den sozial Schwachen, mit Unterprivilegierten und Unterdrückten war und ist keine Solidarität mit Gewalttätern. Rechtsbruch kann nicht toleriert werden. Recht hat für Arbeitnehmer zu allen Zeiten und bis auf den heutigen Tag Schutzcharakter. Um diesen Schutz durchzusetzen, führen zehntausende von Betriebsräten Tag für Tag einen zähen Kleinkrieg gegen die vielen kleinen und manchmal auch größeren Rechtsbrüche der wirtschaftlich Mächtigen. Um diesen Schutz zu verbessern und auszubauen, kämpfen die Gewerkschaften seit Jahrzehnten und bis auf den heutigen Tag für mehr demokratische Rechte, für neue Gesetze und Tarifverträge. In diesem Kampf ist die Arbeiterbewegung fast immer unterlegen, wenn sie den Konflikt mit der Staatsmacht gewaltsam führte. Aber sie war fast immer siegreich, wenn sie ohne Gewalt, organisiert und diszipliniert kämpfte. Der Sieg über die Kapp-Putschisten im Jahre 1920 ist nur ein Beispiel dafür. Wir bestehen also auf dem Recht als dem Schutzschild der Schwachen.

Recht hat aber wohl noch immer auch mit Gerechtigkeit zu tun. Und es kann wohl nicht gerade gerecht sein, daß z. B. Hausbesitzer ihr Eigentum im Blick auf lockende Profite planmäßig verkommen lassen, während jungen und alten Leuten Wohnraum zu erschwinglichen Mieten fehlt. Arbeitnehmer sind darauf angewiesen, daß ihre Rechte funktionsfähig bleiben - auch gegenüber der Staatsgewalt. Noch gilt das Grundgesetz - und dieser Zustand muß verteidigt werden gegen Übergriffe der Mächtigen.

In der Metallindustrie kämpfen in diesen Tagen Arbeiter und Angestellte um höhere Löhne und Gehälter. In wenigen Wochen werden auch Nürnberger Metaller für ihre berechtigten Forderungen Warnstreiks durchführen und auf die Straße gehen. Für diejenigen, die es aufgrund ihrer Jugend nicht wissen können und für diejenigen, die es inzwischen vergessen haben, weil es schon einige Zeit zurückliegt,

sei in Erinnerung gerufen: In dieser Stadt sind Metallarbeiter wegen Landfriedensbruch verurteilt worden, weil sie mit Polizisten in Konflikt gerieten, die Streikbrechern den Zugang in den Betrieb erzwangen. Wir wissen also, was das bedeutet. Der Unterschied zwischen damals und heute: Die Metallarbeiter waren nicht inhaftiert, obwohl sie alle volljährig waren. Wer aber unschuldige Jugendliche und ihre ahnungslosen Eltern mit dem Knüppel des schweren Landfriedensbruch prügelt, wer aus Recht Unrecht macht, aus Rechtssicherheit Rechtsunsicherheit, der muß wissen, daß er die Gewerkschaften gegen sich hat.

Deshalb und noch einmal: Wir setzen unsere gewerkschaftliche Solidarität gegen den juristischen und politischen Übergriff der Staatsgewalt. Und wir appellieren an alle: Wenn die politische Phantasie der Herrschenden nicht ausreicht, sie an der Zerstörung des demokratischen Grundkonsens zu hindern, wenn sie ihre Macht mißbrauchen, um Konflikte zu verschärfen, statt zu lösen - dann müssen wir alle — Parteipolitiker und Gewerkschafter, Männer und Frauen, Junge und Alte, mündige Bürger — den Mut, die Geduld und die politische Disziplin aufbringen, den Prozeß der Gewalt zu durchbrechen."